

Deutschland hat Zukunft |

14. Monitoring der Energiewende

Montag, 02. März 2026 um 11:30 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Deutschland-hat-Zukunft-Kongress, bei dem wir unser jährliches Monitoring der Energiewende vorstellen werden. In gewohnt klarer Art und Weise zeigen wir Ihnen, wo wir bei dieser Mammutaufgabe stehen und woran es aktuell hakt.

Besonders herzlich begrüßen möchte ich Frau Dr. Kirchner und Herrn Kreidelmeyer von der Prognos AG, die das Monitoring präsentieren werden.

[weitere namentliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

als Bayerische Wirtschaft begleiten wir die Energiewende von Anfang an mit eigenen Monitorings. Wir messen die Politik dabei immer an den selbst gesteckten Zielen, ob beim Ausbau der Netze oder beim Klimaschutz.

Im Fokus stehen: Verlässlichkeit,
Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit.

Die mittlerweile 14. Ausgabe unseres
Energiewende-Monitorings beschäftigt sich mit
den einschlägigen Entwicklungen in den Jahren
2024 und – soweit die Daten vorliegen – auch
2025. Natürlich werden wir aber auch auf die
ganz aktuellen Entwicklungen eingehen.

Meine Damen und Herren,

die wiederkehrende Auseinandersetzung mit
der Energiewende in unserem Land ist mühsam
und kostet Nerven. Das war dieses Mal nicht
anders. Unser 14. Monitoring-Jahr ist ähnlich
verlaufen wie die 13 Jahre zuvor: noch nicht
zufriedenstellend.

Ich möchte an dieser Stelle nicht zu viel von
dem vorwegnehmen, was uns Frau Dr. Kirchner
und Herr Kreidelmeyer gleich erläutern werden.
Die wesentlichen Kritikpunkte will ich aber schon
jetzt loswerden:

- Erstens: Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze kommen wir weiterhin nicht schnell genug voran.
- Zweitens: Die Energiepreise bleiben zu hoch. Dadurch verlieren die Unternehmen im Land an Wettbewerbsfähigkeit.
- Und drittens: Die Transformation kommt auch nicht recht voran. Die zuletzt gesunkenen Treibhausgas-Emissionen sind maßgeblich Folge der wirtschaftlichen Schwäche. Der Rückgang des Primärenergieverbrauchs ist daher kein energiepolitischer Erfolg, sondern Ausdruck einer stagnierenden Konjunktur. Das ist nicht der Weg, auf dem wir klimaneutral werden wollen.

Meine Damen und Herren,

trotz aller Kritik: wir sind im 14. Monitoring-Jahr auch vorangekommen. Nicht gerade schnell.

Doch Schrittgeschwindigkeit ist besser als Stillstand.

Mit Blick auf die Bezahlbarkeit leuchtet unsere Monitoring-Ampel zwar weiterhin in warnendem Rot. Zumindest aber die Strompreise für private Haushalte sind gesunken.

Was ich an dieser Stelle fairerweise ergänzen will: Die jüngeren energiepolitischen Weichenstellungen der schwarz-roten Bundesregierung finden in unserem aktuellen Monitoring noch keine Berücksichtigung. Das gilt etwa für den Industriestrompreis, den wir ausdrücklich begrüßen.

Aber weitere dauerhafte Entlastungen bei Stromsteuer, Netzentgelten und Systemkosten sind erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Kleine Fortschritte lassen sich auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien beobachten.

Deutschland und gerade Bayern sind bei der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf einem guten Weg. Die jährlichen Zubau-Ziele werden sogar übertroffen! Der Blick auf die Windenergie zeigt hingegen: Hier haben wir nach wie vor reichlich Luft nach oben. Das gilt für Deutschland und in besonderem Maße für Bayern.

Vorsichtig positiv zu bewerten ist schließlich auch die aktuelle Versorgungssicherheit. Hier steht Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut da!

Diese Stabilität ist aber teuer erkaufte – allein die Systemsicherheitsmaßnahmen kosteten 2024 rund drei Milliarden Euro. Umso wichtiger ist es, dass wir strukturelle Lösungen voranbringen. Der dynamische Ausbau von Stromspeichern ist hier ein positives Signal. Wenn es gelingt, den Zubau netzdienlich auszugestalten, können sie

helfen, Redispatch-Bedarf und Systemkosten zu reduzieren.

Aus einer eigenen aktuellen Umfrage wissen wir zudem: Die Anzahl der statistisch erfassten Stromausfälle hält sich im Freistaat erfreulicherweise in Grenzen. Auch hier müssen wir den internationalen Vergleich keineswegs scheuen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Zahl jener bayerischen Unternehmen, die in den letzten Jahren kürzere, statistisch nicht erfasste Ausfälle erlebt haben, ist zuletzt gestiegen.

Auch diese kürzeren Unterbrechungen, die unterhalb der Drei-Minuten-Schwelle liegen, verursachen wirtschaftliche Schäden. Diese Entwicklung müssen wir im Auge behalten.

Meine Damen und Herren,

unter dem Strich können wir mit Blick auf die
Energiewende festhalten: Der Kurs stimmt.
Doch es fehlt an Tempo.

Um schneller voranzukommen, sind die Akteure
auf allen politischen Ebenen gefordert:

Brüssel etwa muss die Beihilfevorschriften so
schnell wie möglich anpassen. Denn diese
Vorschriften verhindern bislang einen
schlagkräftigen Industriestrompreis.

Berlin darf in puncto Ausbaugeschwindigkeit auf
keinen Fall vom Gaspedal gehen – weder bei
den erneuerbaren Energien noch bei den
Netzen! Der Strombedarf wird in unserem Land
in den kommenden Jahren erheblich ansteigen.
Entscheidend ist eine bessere Koordinierung
von Erzeugern, Abnehmern, Netzen und
Speichern.

Zudem muss Schwarz-Rot die Kosten weiter eindämmen. Es gilt jetzt, die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Mindestniveau zu senken – und zwar für alle Branchen! Die beschlossenen Entlastungen bei den Netzentgelten sind ein wichtiger Schritt – sie müssen nun dauerhaft verstetigt werden. Denn Fakt ist: Im Vergleich zu ihren schärfsten Konkurrenten auf internationaler Bühne, müssen hier ansässige Unternehmen wesentlich größere Kostenbelastungen stemmen.

Um wieder wettbewerbsfähiger zu werden, brauchen wir auch ausreichend Backup-Kapazitäten. Wir müssen jetzt zügig die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit noch in diesem Jahr Ausschreibungen für neue Gaskraftwerke starten können. Parallel dazu muss Berlin mit Brüssel über eine Ausweitung der genehmigten Kapazitäten verhandeln. Die bislang genehmigten 12 Gigawatt werden voraussichtlich nicht ausreichen, um den

steigenden Strombedarf in angespannten Systemlagen vollständig abzusichern.

Von München erwarten wir uns vor allem eines: Mehr Rückenwind beim Thema Windenergie. Der Ministerrat hat vor drei Wochen zu Recht bessere Bedingungen dafür beim Bund eingefordert – aber auch vor Ort muss die Politik Tatkraft zeigen.

Meine Damen und Herren,

unser 14. Energiewende-Monitoring zeigt: Der Handlungsbedarf bleibt hoch.

Wenn Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern soll, brauchen die hier ansässigen Unternehmen eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung! Wohlstand und Arbeitsplätze hängen an diesem Thema!

Deshalb haben wir keine Zeit zu verlieren.

- Der energiepolitische Weg Deutschlands ist der richtige.

- Wir müssen diesen Weg jetzt aber deutlich schneller zurücklegen!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.